

Antrag 75/II/2021**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Doppelverbeitragung beseitigen - Vertrauensbruch heilen**

1 Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, in der künftigen Bundesregierung umgehend die im Wahlprogramm und vom Kanzlerkandidaten noch zwei Tage vor der Bundestagswahl versprochene vollständige Abschaffung der Vollverbeitragung sowie der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten in der gesetzlichen Krankenversicherung umzusetzen.

2

Begründung

3 Viele Millionen jetzige und künftige Rentnerinnen und Rentner müssen nach aktueller Rechtslage auf den Großteil der Bezüge aus der betrieblichen Altersvorsorge den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zahlen - das gilt für Betriebsrenten ebenso wie für Direktversicherungen. Und das bedeutet: Von jedem Euro sind fast 20 Cent wieder weg.

4

5 Diese Regelung geht auf das sogenannte „Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung“ aus dem Jahr 2004 zurück und gilt auch rückwirkend für vor diesem Jahr geschlossene Verträge. Die Betroffenen, die die Auswirkungen oft erst bei der Auszahlung bemerken, fühlen sich aus nachvollziehbaren Gründen betrogen: Schließlich hatten sie diese Verträge im Vertrauen auf die zahlreichen Aufrufe der Bundesregierung zum Aufbau einer zusätzlichen Altersversorgung abgeschlossen. Es ist höchste Zeit, diesen leider unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung begangenen Fehler zu korrigieren. Der von der amtierenden Großen Koalition beschlossene Freibetrag in Höhe von derzeit monatlich 164,50 Euro hat die Auswirkungen allenfalls gelindert und nicht gelöst.

6

7 Aus gutem Grund ist die vollständige Abschaffung im Wahlprogramm der SPD enthalten. Einem einvernehmlichen Beschluss der künftigen Ampelkoalition sollte allein schon deshalb nichts im Wege stehen, weil auch die FDP in ihrem Wahlprogramm die Abschaffung versprochen hat: „Zudem muss die Doppelverbeitragung in der gesetzlichen Kranken- sowie Pflegeversicherung für alle Wege betrieblicher und privater Vorsorge beendet werden, denn sie untergräbt das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Politik.“ Wo die FDP recht hat, hat sie recht.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, die im Wahlprogramm versprochene vollständige Abschaffung der Vollverbeitragung sowie der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten in der gesetzlichen Krankenversicherung umzusetzen.